

Die Jenischen – bald österreichische Volksgruppe? Erfahrungen aus dem Anerkennungsprozess der Roma

„Die Volksgruppe der Jenischen wurde durch Diskriminierung und Kriminalisierung ins Verborgene verdrängt, sie zogen sich zurück und fallen kaum noch auf, es gibt sie, aber sie dürfen nicht existieren!“

(Heidi Schleich, 2019)

In Österreich sind Jenische noch immer nicht als Volksgruppe anerkannt. Allerdings steht die „Prüfung“ eines möglichen Rechtsanspruchs zumindest im aktuellen Programm der türkis-grünen Regierung. Das bedeutet, dass diese rechtliche Einstufung – und die damit verknüpfte gesellschaftliche Aufwertung – endlich auch den Angehörigen dieser Minderheit zugesprochen werden könnte. Vor mehr als einem Vierteljahrhundert haben sich Österreichs Roma diesen Sonderstatus erkämpft. Am 16. Dezember 1993 wurde ihnen als anerkannte ethnische Gruppe Schutz und Förderung durch den österreichischen Staat zugesichert.

Roma und Jenische diskriminiert und verfolgt

Der Roma-Anerkennungsprozess ist in vielfacher Hinsicht als Präzedenzfall für die aktuellen Bemühungen der jenischen Volksgruppe anzusehen. Zwischen diesen beiden Minderheiten gibt es zahlreiche Verbindungen. Phasen ihrer Geschichte verliefen nahezu deckungsgleich. In der Vergangenheit, aber auch bis herauf in die jüngere Gegenwart waren sie mit ähnlicher Vorverurteilung konfrontiert. Beide Gruppen hatten keine Vertretung und besetzten keine Machtpositionen in Politik und Gesellschaft. Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen prägten ihren Alltag auch in demokratischen Zeiten.

In Diktaturen und faschistischen Regimen erlitten sie Entrechtung und Verfolgung – ob als nichtsesshaft, „arbeitsscheu“, „nach Zigeunerart lebend“, zu „Asozialen“ abgestempelt oder als „außereuropäische Fremdrasse“ der Vernichtung zugeführt. Von den österreichischen Roma wurden 85–90 Prozent im Nationalsozialismus ermordet. Zahlreich gerieten auch Jenische in die NS-Verfolgungs- und Mordmaschinerie. Elisabeth Grosinger-Spiss berichtet aus ihrer Forschung über die Tiroler Jenischen, dass sie zwar nicht als Kollektiv der NS-Vernichtung

zum Opfer fielen. „Die Vorarbeiten waren aber schon weit gediehen. Hätte die NS-Herrschaft noch einige Jahre angedauert, (...), wäre es nur noch eine Frage der Zeit gewesen, dass eine flächendeckende Vernichtungswelle eingeleitet worden wäre.“¹

Während die einen jahrzehntelang um Opfer-Anerkennung und KZ-Renten kämpften, oder aber auch sofort in der Anonymität untertauchten, wurden viele jenische Familien seit Kriegsende „befürsorgt“. Das heißt einer Mehrzahl wurden die Kinder abgenommen. Die Erziehung in Heimen oder bei Bauernfamilien sollte ihnen das „Jenische“ (= Sprache und familiäre Verbundenheit, ihnen zugeschriebene negative Eigenschaften) austreiben. Einige dieser betroffenen Kinder „durften“ in den letzten Jahren in den „Heimkinder-Projekten“ über ihre leidvolle Kindheit und Jugend berichten. Schläge, Missbrauch oder sexuelle Übergriffe waren für manche das „tägliche Brot“. In einer sie verachtenden, kaum fördernden Gesellschaft, wurde es ihnen schwer gemacht, Fuß zu fassen und zu einem gelungenen Leben zu finden.²

So erreichten NS-Verfolgung und restriktive Nachkriegspolitik, dass kulturelle Traditionen der beiden Minderheiten aufgeweicht und deren Gruppenstrukturen zerstört wurden. Romanés-Varianten, wie auch die Sprache der Jenischen, existierten zumeist nur noch innerfamiliär, „im Verborgenen“. Allzu selten wurde die Sprache an die Nachkommen weitergegeben. Wissen und Sprachkompetenz gingen zunehmend verloren.

Das Schweigen brechen: Gedenken und Wieder-Erinnern

Erste Ansätze zur Re-Aktivierung eigenkultureller Identitäten bei Roma, Sinti und Lovara entwickelten sich in den 1980er-Jahren. Sie stehen in engem Zusammenhang mit der Errichtung eines ersten Mahnmals für die im Nationalsozialismus ermordeten österreichischen Romagruppen. Die Einweihung im Oktober 1984 im burgenländischen Lackenbach verblieb nicht im Status eines reinen Gedenkaktes. Das Mahnmal wurde zum in Stein gegossenem Fanal, bestehendes Unrecht und Ausgrenzungsstrukturen gegenüber dieser Minderheit zu bekämpfen. SympathisantInnen aus der Mehrheitsgesellschaft unterstützten und ermutigten Überlebende und deren Nachkommen. Diese brachen ihr jahrzehntelanges Schweigen, erzählten eigene und familiäre Verfolgungserlebnisse, berichteten über KZ-Aufenthalte, über Verschleppung und Ermordung von Familienmitgliedern.

Das Wieder-Erinnern endete allzu oft nicht mit der NS-Vergangenheit; es schloss Berichte über problematische Lebensverhältnisse und Nachkriegs-Schikanen mit ein. Erste Roma-AktivistInnen wagten ihr Outing in diversen Öffentlichkeiten und sie forderten nicht nur Anerkennung als NS-Opfer, sondern auch Maßnahmen gegen reflexartige Vor-Verurteilung und damit verknüpfte Abdrängung an die gesellschaftlichen Ränder. Aber die Idee, als eigene Volksgruppe eingestuft zu werden, entwickelte sich erst nach und nach. Einige frühe AktivistInnen arbeiteten sich in diese Materie ein. Ein – auch für Mehrheits-ÖsterreicherInnen kaum bekanntes – schwer zu entschlüsselndes Rechtskonstrukt.

Experten-Meinungen mit langen Schatten

Überlegungen dazu hatte es Jahrzehnte zuvor schon gegeben. Allerdings kam das Begehren nicht aus dem Kreis der Minderheit, sondern Experten und MenschenrechtsaktivistInnen waren Sprachrohr bzw. federführend. 1965 gab es sogar ein erstes, positives Gutachten von Theodor Weiter, Mitglied im Minoritätenrat der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Er bescheinigte „den Zigeunern, dass sie zu Unrecht weder als Volksgruppe noch als Sprachminderheit anerkannt sind“.³ Über eine andere Begrifflichkeit verfügten WissenschaftlerInnen damals noch nicht, auch nicht jene, die den Roma positiv bzw. verständnisvoll gegenüberstanden.

Der Völkerrechtler ruderte 1979 allerdings zurück. Die Kriterien einer Anerkennung hatten sich durch das Volksgruppen-Gesetz aus 1976 verändert. Doch Weiters Argumentation, „dass den Zigeunern die Bindung an eine angestammte Heimat als Territorium abgeht und somit ein wesentliches Element der Volksgruppe fehlt“, zeigt auf, dass es den Experten an wesentlichem Wissen mangelte. Der Zusatz in seiner ablehnenden Begründung: „Sie sind ja Nomaden, auch wenn Österreich große Anstrengungen macht, sie sesshaft zu machen“⁴, verweist darauf, dass das Klischee einer überwiegend nicht-sesshaften Bevölkerung überstrapaziert wurde, ohne die tatsächlichen Lebensverhältnisse bzw. die Ursachen dieser in die Staatenlosigkeit getriebenen österreichischen Bevölkerungsgruppe zu kennen, geschweige denn, zu berücksichtigen. Ähnlich oberflächlich das „Urteil“ des Juristen Ludwig Adamovich, 1981, damals Sektionschef des Verfassungsdienstes des BKA, ab 1984 Präsident des Verfassungsgerichtshofes. Er vermutete „große Schwierigkeiten, wenn die Zigeuner ihre Bodenständigkeit hier [in Österreich, ET] beweisen wollen“.⁵ Von der jenischen Minderheit war in keinem der Gutachten die Rede, weder 1965, noch 1979 oder 1981.

Start in die „Moderne“: Paradigmen- und Generationenwechsel

In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre startete eine Neu-Initiative zur Anerkennung der Roma als ethnische Gruppe. Zum einen mit dieser negativen Vorgeschichte, zum anderen unter besseren Voraussetzungen. Zu diesem Zeitpunkt lagen bereits vorurteilsfreie historische und sozialwissenschaftliche Studien vor. Zwischen Angehörigen der Minderheit und ForscherInnen waren nicht nur Freundschaften, sondern stabile Vertrauensverhältnisse entstanden. Diese bildeten eine solide Basis für gemeinsames Handeln.

Parallel dazu setzten die Gremien der österreichischen Volksgruppen wichtige Impulse, z. B. 1987 mit ihrer gesellschaftskritischen Petition, mit der sie sowohl die österreichische Politik als auch Angehörige der Ethnie wachrütteln bzw. aktivieren wollten: „In der Gesellschaftswirklichkeit sind die Zigeuner bzw. Roma und Sinti (...) noch derart diskriminiert und sehen sich tatsächlich noch einer derartigen Voreingenommenheit, Ablehnung und negativen Vorurteilen ausgesetzt, dass sie selbst kein Interesse an einer Identitätsfindung und strukturellen Änderung

und schon gar nicht an einer organisatorischen Erfassung und Konstituierung als Volksgruppe zeigen.“⁶

Die 1980er-Jahre wurden zum Jahrzehnt zahlreicher gesellschaftlicher Aufbrüche. Internationale und österreichische soziale, politische und/oder ökologische Bewegungen hatten – wie auch der Präsidentschaftswahlkampf von Kurt Waldheim 1986 – Teile der Mehrheitsgesellschaft sensibilisiert. Zivilgesellschaftlich engagierte BürgerInnen forderten nicht nur Aufklärung über den Nationalsozialismus und die Mitwirkung von ÖsterreicherInnen. Gefordert wurden mehr Basisdemokratie und umfassende Menschenrechtstandards. Während die einen abgestützt auf „Small is Beautiful“-Theorien (Leopold Kohr) zentralistische Strukturen ablehnten, traten andere gegen restriktive Politiken auf, die Minderheiten ignorierten und damit Assimilation und Diskriminierung begünstigten. Generell stieg das Interesse an anders-kulturellen, ethnischen und sprachlichen Gruppen; partiell auch an Minderheiten-Religionen.

Zudem herrschte in einigen Ämtern ein neuer Geist. Ein Generationenwechsel, die Ablöse der Nachkriegsgeneration in Beamtenpositionen, sowie Bruno Kreisky's Leitsatz von der „Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie“ zeigten Wirkung. Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Gesellschaftsfeldern engagierten sich in ihren Berufen, als Privatperson, in neuen Bewegungen und internationalen NGOs.⁷

Allianz zwischen Roma-AktivistInnen und „Grün-Alternativen“

Frischen Wind verströmte die junge Partei der „Grünen“. Als „Grüne Alternative“ schafften sie 1986 erstmalig den Einzug in den Nationalrat. Eines ihrer acht Mandate besetzten sie mit dem Minderheitensprecher Karel Smolle. Der Kärntner Slowene war bestens vertraut mit der Volksgruppen-„Problematik“ und dem 1976 eingeführten, umstrittenen Bundesgesetz. 1987 richteten die „Grünen“ eine erste Anfrage an Bundeskanzler Franz Vranitzky, SPÖ: „Warum die Roma nicht als Volksgruppe anerkannt sind, warum an sie keine Förderung ergangen sei, und was unternommen wird, um deren Bestand zu sichern?“⁸

Die Grün-Abgeordneten waren überzeugt, dass die Roma alle Kriterien einer Volksgruppe erfüllen. Der Bundeskanzler teilte diese Einschätzung nicht. Während in früheren Gutachten der Nachweis der „Beheimatung“ als unüberwindbares Hindernis thematisiert wurde, urgierte der Kanzler „wahrnehmbare Aktivitäten“ und „Gruppenbewusstsein“.

1987 lebte die Minderheit tatsächlich noch „im Verborgenen“. Sichtbares Auftreten als Gruppe startete erst zwischen 1989 und 1991 mit der Gründung erster Eigenorganisationen. Veranstaltungen und Projekte informierten über Kultur, Geschichte und Traditionen, nach innen und nach außen. Erst wenige, dann zunehmend mehr Menschen, nicht nur Literatur- und Kunstschaffende, bekannnten sich offen zu ihrer Roma-Identität. Die „Grünen“ unterstützten die Roma-Anerkennung auch weiterhin, bis zum Erfolg – ab 1990 mit der Burgenland-Kroatin Terezija Stoisits als Minderheitensprecherin. In reger Diplomatie mit Rudolf

Sarközi vom Kulturverein österreichischer Roma, der die Leitfunktion übernommen hatte, ergingen abwechselnd Ansuchen, Anträge, Anfragen und Petitionen an diverse politische RepräsentantInnen, Behörden und an den Bundeskanzler. Dieser hielt an den zuvor genannten Gegenargumenten weiterhin fest – und ergänzte, „dass es sich nur um Willensbekundungen einiger Funktionäre“ handle.

1992: Weichenstellung in Richtung Erfolg

Die Trendwende kam im März 1992. Plötzlich wurde Bereitschaft signalisiert und VertreterInnen der Minderheit zum Gespräch geladen, um „im gemeinsamen Bemühen sowohl flexible als auch pragmatische Lösungen zu finden“. In diesem Schreiben hielt Vranitzky dezidiert fest, dass der NS-Holocaust an den Roma und die problematische Nachkriegsbehandlung ein ganz wesentlicher, mit entscheidender Faktor sei, zumal „die Gruppe der Roma nicht (noch immer nicht!) alle Merkmale einer Volksgruppe erfülle“.⁹

Zwischenzeitlich und vorausschauend hatte der Leiter des Volksgruppenreferates, Heinz Tichy, ergänzende wissenschaftliche Gutachten eingeholt. Zum einen ging es um den Nachweis, dass Romanés bzw. Romanés-Varianten lebendige, im Alltag gesprochene Sprachen sind (= Kriterium der eigenen Muttersprache). Das zweite Gutachten hatte Siedlungsstrukturen und annähernde Größenverhältnisse der Roma-Bevölkerung nachzuweisen. Dies war von besonderer Bedeutung, zumal bis dato alle Volksgruppen nur in einem genau begrenzten Siedlungsgebiet, und nur dort, anerkannt waren. Aufgrund der in der Expertise nachgewiesenen Streulage wurde eine erstmalige Ausnahme akzeptiert. So erhielten im Dezember



Konstituierende Sitzung des Roma-Volksgruppenbeirates (= das gesetzliche Vertretungsorgan) am 5.9.1995 im Bundeskanzleramt (Foto: Kulturverein Österreichischer Roma, Wien)

1993 die autochthonen Roma (= die seit Generationen in Österreich lebenden Roma, Sinti und Lovara) Schutz und Förderung im gesamten Bundesgebiet zugesprochen.

Analogien, Unterschiede ...

Den Jenischen müsste so wie den Roma Anerkennung im gesamten Bundesgebiet zukommen. Gerade aufgrund ihrer Streuung sind die Kosten für die Republik niedrig anzusetzen, denn es wird weder eigene Ortstafeln geben, noch wird das Jenische als Amtssprache zur Verfügung stehen. Auch verpflichtender muttersprachlicher Unterricht ist in Regelschulen nicht vorgesehen. Wichtig aber, dass die Sprache der Jenischen als Minderheitensprache anerkannt wird, und deren gruppen-spezifische Kulturtraditionen als erhaltens- und auch als förderungswürdig gelten. Wie den Roma geht es der jenischen Volksgruppe vor allem um Respekt, um gesellschaftliche Aufwertung! Als späte, ja überfällige offizielle Entschuldigung und Eingeständnis, dass der österreichische Staat seit 1945 für das Unrecht gegenüber den Angehörigen dieser Volksgruppe Mitverantwortung trägt!

Sofern ernsthafter politischer Wille dahinter steht, könnte die Aufnahme der Jenischen in den Volksgruppenstatus nahezu hindernisfrei verlaufen. Zum einen bietet die Roma-Anerkennung einen beispielhaften Ansatz, um „ideologische Umwege“ zu vermeiden, d. h. Klischees und vorurteilsbehaftete Vergangenheitsbilder müssen nicht neu belebt und diskutiert werden. Im Gegensatz zum Roma-Verfahren – damals waren in den entscheidenden Legislaturperioden die „Grünen“ in der Opposition – sind sie seit Januar 2020 zwar ein kleiner Koalitionspartner, aber immerhin Mit-Regierungspartei. Und mit der Grün-Abgeordneten Olga Voglauer wird sich (auch diesmal) eine Kärntner Slowenin für das Anliegen der Jenischen einsetzen.

... und günstige(re) Ausgangslage

Anders als bei den Roma, deren „sichtbare Tätigkeiten“ als ethnisch-kulturelle Gruppe zeitgleich mit den Anerkennungsbestrebungen in Gang gesetzt wurden, engagieren sich jenische Minderheitenangehörige seit über einem Vierteljahrhundert. Sie können zahlreich literarische und gesellschaftspolitische Aktivitäten vorweisen. So veröffentlichte Romed Mungenast (1953–2006) Gedichte und Kurzgeschichten in namhaften Publikationen seit Anfang der 1990er-Jahre. Der Tiroler Autodidakt trug ein umfangreiches Archiv zusammen und gestaltete 2001 in Landeck eine erste Ausstellung zur Geschichte der Oberinntaler Jenischen. Im selben Jahr wurde der Jenische Kulturverband Österreichs gegründet.¹⁰ Alois Lucke (Jg. 1956) – ein weiterer wichtiger Aktivist – leitet den Kulturverband seit Jahren. Andere aus der Minderheit behaupten sich seit Langem erfolgreich in der Literatur- und Kunstszene (z. B. Simone Schönnett, Sieglinde Schauer-Glatz, Martin

Schauer). Zudem liegt ausreichend wissenschaftliche Literatur vor, besonders auch zur jenischen Sprache.¹¹

Die Anerkennung der Roma erfolgte knapp vor Österreichs Beitritt in die Europäische Union. Mit der Zugehörigkeit zur EU wurde Österreich zum einzigen Land, in dem die Roma als ethnisch-kulturelle Minderheit Schutz- und Förderstatus hatten. Österreich wirkte somit als Vorbild für andere europäische Staaten. Bei der jenischen Volksgruppe ist die kleinere Schweiz ihrem östlichen Nachbarland zuvorgekommen. Denn in der Schweiz konnte die „Radgenossenschaft der Landstraße“ im November 2016 die Anerkennung der „Schweizer Jenischen und Landfahrer“ als Minderheit durchsetzen. Österreich könnte immerhin die zweite Nation sein, die den Jenischen „verbrieft“ Wertschätzung entgegenbringt, indem sie sie rasch in die Position der siebten österreichischen Volksgruppe emporhebt!

Anmerkungen

- 1 Elisabeth M. Grosinger-Spiss: Jenische in Tirol, in: Erika Thurner/Elisabeth Hussl/Beate Eder-Jordan (Hg.), Roma und Travellers. Identitäten im Wandel, Innsbruck 2015, S. 276.
- 2 Die Michael-Gaismair-Gesellschaft veröffentlichte in ihren Jahrbüchern diverse Beiträge, z. B. Horst Schreiber: Eine jenische Kindheit in Tirol, in: Alexandra Weiss u. a. (Hg.), Gaismair-Jahrbuch 2007: Zu wahr, um schön zu sein, Innsbruck 2007, S. 206–226; siehe auch: Sieglinde Schauer-Glatz, Fragmente meines Lebens; sowie: Alois Lucke, „Die Verbrechen an mir, meiner Familie und meiner Volksgruppe“; beide Beiträge in: Thurner u. a. (Hg.), Roma und Travellers (wie Anm. 1), S. 259–262 und S. 263–266.
- 3 Theodor Veiter: Völker im Volke Österreichs. Volksgruppen und Sprachminderheiten in der Republik Österreich (3), in: Die Furche, Jg. 21, Nr. 29, 1965, S. 3.
- 4 Theodor Veiter: Das Österreichische Volksgruppenrecht seit dem Volksgruppengesetz von 1976, Wien 1979, zit. n. Barbara Rieger: Roma und Sinti in Österreich nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 232.
- 5 „Unsere Indianer“, in: Wochenpresse, Jg. 25, Nr. 26, 1.7.1981, S. 13. Viele Details aus den frühen Expertenmeinungen sind nachzulesen bei Barbara Rieger, Roma und Sinti, wie Anm. 4.
- 6 Petition der nationalen Minderheiten in Österreich an die KSZE-Nachfolgekonzferenz in Wien, in: Das Menschenrecht, Jg. 42, Nr. 1, März 1987.
- 7 Rieger, Roma und Sinti (wie Anm. 4), S. 234ff. Zahlreiche Schriftstücke befinden sich auch im Besitz der Verfasserin, die den Prozess aktiv begleitete.
- 8 Anfrage der Abgeordneten Smolle, Wabl und Genossen an den Herrn Bundeskanzler, Nr.769/J, 7.7.1987. Dieses sowie weitere Dokumente zu dieser Causa sind komplett bzw. teilweise abgedruckt, in: Rudolf Sarközi: Roma. Österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung, Klagenfurt/Celovec 2008, S. 145 bzw. ff.
- 9 Rieger, Roma und Sinti, S. 234f. sowie: Sarközi, Roma, S. 182.
- 10 Diverse Beiträge, in: Tiroler Identitäten. Eisenbahner, Dichter, Forscher, Aktivist. Hg. von Martin Kolozs, Innsbruck 2007.
- 11 Heidi Schleich: Das Jenische in Tirol, 3. und überarbeitete Auflage, Landeck 2018.